

INHALT

Seite

Inhaltsverzeichnis	5
Vorwort	9
Verzeichnis der Abkürzungen	13
Einleitung	17
I. Die Vermögensbildung der Arbeitnehmer als gesellschafts- politisches Ziel und seine Verwirklichung in der bisherigen Gesetzgebung	40
II. Die Frage der Erhebung einer zusätzlichen Vermögensbil- dungsabgabe von den gewerblichen Unternehmen im Hin- blick auf deren gegenwärtige Belastungsfähigkeit	44
III. Die gegenläufigen Bestrebungen des Auslandes zur steuer- lichen Entlastung der Unternehmen und zur Hebung ihrer Produktivität	46
1. In der EWG	47
2. Das japanische Modell	48
IV. Die Kardinalfrage der Aufbringung von Leistungen der Unternehmen ohne Schmälerung der Investitionstätigkeit	51
1. Grundsätzliches	51
2. Wachstumspolitik und gleichzeitige Vermögensbildung durch die Beteiligung der Arbeitnehmer am Ertrag	52
V. Standortprobleme bei der Auferlegung vermögenswirksa- mer Leistungen für die Unternehmen der Bundesrepublik	58
1. Grundsätzliche Bemerkungen	58
2. Die Frage der Belastungsfähigkeit der Unternehmen in der Bundesrepublik im Blick auf die Höhe der Lohnkosten	59
3. Die Sicherstellung der notwendigen Investitionsmittel für die Unternehmen bei Erhebung weiterer vermögens- wirksamer Leistungen trotz internationalen Wettbewerbs	62
4. Vermögenswirksame Leistungen und internationaler Kapitalverkehr	67
VI. Die Frage des Kreises der Berechtigten und der Verpflich- teten bei der Abgabenerhebung	74
1. Allgemeine Bemerkungen	74
2. Der Kreis der Berechtigten	75
3. Der Kreis der Verpflichteten	76

VII. Die Bemessungsgrundlagen für die Vermögensbildungsabgaben, insbesondere der steuerliche Gewinn	83
1. Allgemeines	83
2. Die Ausrichtung der Abgabe nach der Lohn- und Gehaltssumme	83
3. Die nähere Begründung einer neuen Abgabe zu Lasten des steuerlichen Gewinns der Unternehmen	85
a) Die gesellschaftspolitischen Ziele, insbesondere bei Krelle	85
b) Kritische Bemerkungen	88
c) Insbesondere die Frage einer Aushöhlung der geltenden Wirtschaftsordnung	94
d) Die gegenläufige Entwicklung in den sozialistischen Staaten	96
4. Die steuerlichen Auswirkungen einer echten Ertragsbeteiligung der Mitarbeiter der Unternehmen	97
a) Allgemeines	97
b) Das Rosenthal-Modell	98
c) Das Pieroth-Modell	100
d) Das französische Ertragsbeteiligungsmodell nach dem Gesetz vom 22. 6. 1967 (Ordonnance v. 17. 8. 1967 relative à la participation des salariés aux fruits de l'expansion des entreprises)	104
5. Die steuerlichen Auswirkungen einer Ertragsbeteiligung nach dem steuerlichen Gewinn	108
VIII. Der Krelle-Plan und der Vorschlag der vier Staatssekretäre für eine Vermögensbildungsabgabe mit dem Maßstab des steuerlichen Gewinnes	108
1. Die Fragwürdigkeit der Basis des steuerlichen Gewinnes für die Bemessung einer Ertragsabgabe	108
a) Der unveränderte steuerliche Gewinn als grober und daher unbrauchbarer Maßstab	108
b) Der Unternehmerlohn bei Personenunternehmen und die Folge des weitreichenden Gewinn- und Vermögensbegriffs nach § 15 Ziff. 1 und 2 EStG	112
c) Die fehlende Sicherstellung einer minimalen Kapitalverzinsung	116
d) Das Außerachtlassen des Risikofaktors bei den Vorschlägen einer Vermögensbildungsabgabe	120
e) Die Auswirkung der Abgabe auf Auslandsbeteiligungen und auf verbundene Unternehmen	124
f) Die Vermögensbildung als Maßnahme zur Änderung der Verfügungsmacht in der Wirtschaft	125

aa) Grundsätzliches	125
bb) Die Schwierigkeiten bei Leistung der Abgabe durch Einräumung von Beteiligungsrechten der Unternehmen	128
cc) Der weitreichende Einfluß auf die Unternehmen durch die Übertragung von Anteilen	129
g) Die Beteiligungsfonds als Kontrahenten der privaten Unternehmen	132
2. Ein schwerwiegender wirtschaftlicher Denkfehler in den neuerlichen Bestrebungen bei der Abscheidung von Vermögen und Ertrag an neue Anteilseigner ohne Leistung eines Gegenwerts	137
a) Grundsätzliche Bemerkungen	137
b) Der Nettogewinn der Unternehmen als untauglicher Maßstab für eine Vermögensabgabe vom Ertrag	139
c) Die Unterschätzung des Faktors Kapital und dessen lebenswichtige Funktion in der modernen Wirtschaft	141
d) Die Gefahr einer schweren Beeinträchtigung des Kapitalmarktes und der Kreditwirtschaft in der Bundesrepublik	144
3. Verfassungsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit Abgaben zur Vermögensbildung	146
a) Allgemeines	146
b) Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für die ersten drei Vermögensbildungsgesetze	146
c) Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für die neue Vermögensabgabe nach dem Vorschlag der vier Staatssekretäre	150
aa) Die Gesetzgebungsbefugnis des Bundes nach Art. 74 Nr. 12 GG (Arbeitsrecht)	150
bb) Die Gesetzgebungsbefugnis des Bundes nach Art. 74 Nr. 11 GG (Recht der Wirtschaft)	150
cc) Die Kollision mit der Kompetenzvorschrift des Art. 105 Abs. 2 GG, insbesondere die Qualifikation der Gewinnabgabe als Steuer	152
dd) Insbesondere die Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) und die Investitionshilfe als einschlägige interessante Vorgänge	156
ee) Die Frage eines Verstoßes gegen die Enteignungsbestimmung des Art. 14 Abs. 1 GG	157
ff) Die Frage der Verletzung der Berufsfreiheit i. S. des Art. 12 Abs. 1 GG	160
gg) Die mögliche Verletzung des Art. 3 Abs. 1 GG	160
hh) Zusammenfassende Würdigung der verfassungsrechtlichen Überlegungen	162
ii) Die Gewinnabgabe im Rahmen des EWG-Rechts	167

4. Die finanziellen Folgen der Gewinnabgabe zur Vermögensbildung für die Erträge der Unternehmen und der Anteilseigner	171
a) Grundsätzliche Bemerkungen	171
b) Die näheren Verhältnisse bei den Kapitalgesellschaften	173
c) Die Besonderheiten bei Personenunternehmen	177
d) Der mögliche teilweise Ersatz der Gewinnabgabe durch eine Investitionsabgabe	178
e) Die Unvollziehbarkeit der bisherigen Konzeptionen	179
Berechnungsbeispiele:	181
Auswirkung einer geplanten 10%igen Gewinnabgabe auf die Höhe der Ausschüttungen bei großen Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften	
Sach- und Personenregister	191